

Volksblatt

Tagesfragen.

Demokraten und Sozialdemokraten finden jetzt ein besonders Vergnügen darin, mit Hohn und Spott über die Deutschnationalen herzugreifen. Das „Berliner Tageblatt“ kann gar nicht genug daran tun, ihnen ihre Zustimmung zur Verlängerung des Republikshutgesetzes so schwer wie möglich zu machen; der „Vorwärts“ framt in Erinnerungen aus der Zeit des Rathenau-Mordes, der ja den Anlaß zu dem Ausnahmegezet gegeben hat, und im Reichstag wurde am gestrigen Montag von den Rednern der Linken gleichfalls nach Strich und Faden gehandelt. Wir sind gewiß nicht der Meinung, daß man auf den Entschluß der deutschnationalen Fraktion, der ihr bereits schwere Vorwürfe aus der eigenen Partei eingebracht hat und sicherlich noch in erheblicher Zahl einbringen wird, das Vibelwort anwenden kann, daß im Himmel mehr Freude herrscht über einen Sünder, der Buße tut, als über sieben Gerechte. Denn das Motiv für die Zustimmung der Deutschnationalen zu der Verlängerung des Republikshutgesetzes ist natürlich nicht die Ueberzeugung, daß die Republik und ihre Farben geschützt werden müssen. Ihre Haltung wird bestimmt durch ihren Wunsch, die Koalition mit dem Zentrum aufrecht zu erhalten. Aber das verleiht nichts an der Tatsache, daß dieses bislang von der Rechten aufgestellte bekämpfte Gesetz nunmehr mit auf ihren Antrag weitere Gültigkeit bekommt. Es ist von größtem innerpolitischen Wert, daß dies mit deutschnationaler Hilfe geschieht. So wird doch, mag sehr auch das Motiv nicht das richtige sein, nach und nach eine Annäherung der Deutschnationalen an den Staat, wie er ist, erreicht, die den Streit um die Staatsform und die Reichsfarben stärker und härter als eine Episode der Vergangenheit erscheinen lassen muß. Wer den inneren Frieden der Nation wünscht, kann daher die jüngste innerpolitische Entwicklung im Reich nur mit Genugtuung betrachten.

Ganz im Stile der Communiqués über frühere staatspolitische Besuche wird auch bezüglich der Reise des französischen Staatsoberhauptes Doumergue und des Außenministers Briand nach London da und dort zu behaupten versucht, daß diese Ueberquerung des Kanals lediglich einem Höflichkeitstakt gelte, der mit großen politischen Fragen nichts zu tun habe. Genötigt durch die Erfahrungen mit anderen „Höflichkeitstakten“ solcher Art, weiß die Welt, was sie von derartigen Versicherungen zu halten hat. In einer Zeit, wo die außenpolitische Atmosphäre ziemlich schwül und stickig ist, würde schon ein Verge verlegender Wahn zu gehören, anzunehmen, daß sich die Staatspräsidenten Englands und Frankreichs nur in Komplimenten über ihr gegenseitiges persönliches Befinden ergötzen. Schon allein die Wirren in China, das gespannte Verhältnis zu Rußland sowie die Balkanverwicklungen sprechen ja förmlich nach einer Aussprache der Herren Chamberlain und Briand. Außerdem wird man sich bei dem Besuch in London wohl auch daran erinnern, daß der deutsche Reichsaussenminister Dr. Stresemann schon seit geraumer Zeit auf die Verantwortung der Frage wartet, warum die in Locarno gegebenen Zusicherungen bezüglich der Verminderung der Besatzungstruppen noch immer nicht eingelöst sind. Deutschland hat das gute Recht, zu verlangen, daß von französischer Seite hier endlich ein Schritt erfolgt, den der sogenannte Locarno-Geist gebietet. Es wäre zu wünschen, daß diese Besuche in London eine befriedigende „Formel“ gefunden würde. Wenn übrigens der „Temps“ behauptet, daß die Londoner Zusammenkunft keineswegs etwa als Ausgangspunkt einer neuen französisch-englischen Politik angesehen werden dürfe, deren Kosten Locarno und Deutschland zu tragen haben würden, so würde es uns freuen, wenn diese Darstellung zutrifft. Aber als zum Beweise dieser These erachten wir es als richtig, uns mit einer starken Dosis Mißtrauen gewappnet zu halten.

In dem am Südrande des Erzgebirges idyllisch gelegenen böhmischen Bergwerksstädtchen Joachimsthal, das einst dem deutschen Kaiser den Namen gegeben hat und heute als heilbringendes Radiumbad einen guten Ruf genießt, haben die Außenminister der Tschechoslowakei, Rumäniens und Jugoslawiens sich über den Stand der ihre Länder verbindenden kleinen Entente unterhalten. Die Minister waren von einem starken Gefolge begleitet. Außer ihnen nahmen von der Tschechoslowakei 14 und von Rumänien und Jugoslawien sogar je 20 Vertreter an der Konferenz teil. Das sich dieser große Aufwand gelohnt? Dadurch, daß Italien, mit dem Jugoslawien nicht auf freundschaftlichen Fuß gesungen kann, Rumänien und Ungarn in Freundschaftsverträgen an sich herangezogen hat, hat natürlich die kleine Entente ein anderes Gesicht bekommen. Die Solidarität der drei Staaten ist nicht mehr dieselbe wie zur Zeit des Abschlusses ihres Bündnisses. Aber sein Vater Dr. Benesch hatte schon vor der Konferenz in den zehnfachen in- und ausländischen Blättern, die ihm zur Verfügung stehen, eine großartige Rundgebung über die weiteren Aufgaben der kleinen Entente veröffentlicht. Er gab darin selbst zu, daß die erste Aufgabe des Bündnisses erliege wäre,

Nationalistischer Terror in Rybnitz.

Immer neue polnische Gewalttaten gegen Deutsche.

Rybnitz, 16. Mai. Bei den Nachwahlen für die Gemeindevertretung ist es am Sonntag zu neuen unerhörten Gewalttaten der polnischen Aufständischen gekommen. Nachdem am Sonntag die „Polsta Rybnicka“, das Organ des Wojewoden, das in Massen verteilt wurde, die Aufständischen offen zu Gewalttaten aufgefordert hatte, besetzte in der Nacht zum Sonntag eine Bande von etwa 50 Aufständischen die Straßen, schlugen überall die Schaufenster mit deutschen Aufschriften ein und bedeckten alle Häuser mit polnischen Plakaten. Am Sonntag vormittag begann dann eine wahre Schießerei auf alle Deutschen. Soweit bis jetzt bekannt ist, sind 20 bis 30 Personen brutal mißhandelt worden. Viele Deutsche flüchten zu ihren Angehörigen über die Grenze nach Deutsch-Oberschlesien. Die deutschen Mitglieder der Wahlkommission durften sich überhaupt nicht im Wahllokal blicken lassen. Ein junger Mann, der sich als Stimmzettelverleiher betätigte, wurde zu Boden geschlagen und blieb bewußtlos liegen. Die Polizei sah dem Treiben der polnischen Banden tatenlos zu und begünstigte die Aufständischen sogar.

Der Redakteur des „Oberschlesischen Kuriers“ in Königschütt, Pöger, wurde beim Verlassen des Wahllokals von Aufständischen so schwer mißhandelt, daß sein Leben in Gefahr zu sein scheint. Vor der Wohnung des Redakteurs der „Katholischen Volksstimme“, Trunthart, wurde eine Bombe geschnitten, die nur infolge Versagens der Zündung nicht explodiert war. Die Aufständischen setzten ihre Gewalttaten bis zum Abend unbehindert fort.

Das heute bekannt gewordene Ergebnis der Nachwahlen entspricht natürlich tiefsten Terror. Während bei der Wahl am 14. November die Deutschen beinahe die Hälfte aller Mandate auf sich vereinigten konnten, erhielten sie diesmal nur neun Mandate und die Polen 21. Das Organ des Wojewoden bemerkt dazu, die Wahl sei rechtmäßig gültig vor sich gegangen, was aus der Wahlbeteiligung von 70 Prozent hervorgeht.

Berlin, 16. Mai. Ueber die schweren Ausschreitungen polnischer Nationalisten in Rybnitz merkt die „Vossische Zeitung“ noch folgende Einzelheiten: Deutsche Kirchgänger wurden am Sonntag vormittag, als sie ihrer Wahlpflicht genügen wollten, mit Knütteln und Stangen überfallen und teilweise schwer verletzt. In das Haus eines deutschen Kaufmanns drangen zwei Mal große Banden ein und bedrohten die Bewohner mit Gewehren, daß ein Kind von den Folgen eines Nervenschocks in bedenklichem Zustande darniederliegt. Insgesamt sind bis jetzt 30 Personen

aber diese sei mehr die negative Seite des Programms gewesen. Jetzt gelte es, eine sichere Entwicklung in dem neuen Mitteleuropa herbeizuführen und die Ruhe und Ordnung zu sichern. Das Ziel der kleinen Entente sei daher nicht mehr wie früher rein politisch, sondern mehr wirtschaftlich und materiell. Offenbar spielte Benesch hierbei auf den Gedanken an, den er schon vor Jahren mehrfach mit besonderer Vorliebe behandelt hat, eine wirtschaftliche Donau-Verbindung zu schaffen. Eine derartige wirtschaftliche Vereinigung war bekanntlich von jeher auch ein Lieblingsziel Frankreichs, das auf diese Weise seine Stellung im nahen Osten verstärken und vor allem auch Polen in dieses Bündnis hineinziehen wollte. Läßt man nun die vorliegenden über die Sitzungen in Joachimsthal ausgegebenen Communiqués und die Erklärungen der drei Minister am Schluß der Konferenz vor den Journalisten auf sich wirken, so gelangt man zu der Feststellung, daß nach dem Ergebnis der Aussprache der Plan Benesch's, ein wirtschaftliches mitteleuropäisches Locarno zu schaffen, vorerst wohl keine Aussicht auf Verwirklichung hat. Des ferneren muß man feststellen, daß überhaupt die Konferenz nur recht mageren Resultate gezeitigt hat. Die Minister haben sich bemüht, die kleine Entente vor der Öffentlichkeit als ein Instrument des Friedens hinzustellen, um auf solche Weise zu verbergen, daß durch den italienisch-rumänisch-italienisch-ungarischen Freundschaftsvertrag sowie durch den Vertrag von Tirana die gemeinschaftlichen Interessen der drei Staaten stark gelockert worden sind. Sie haben sich tatsächlich gegenseitig in den meisten Fragen freie Hand gewährt. So sind die Minister vor allem übereingekommen, daß sie die Beziehungen ihrer Länder zu Ungarn, gegen das ursprünglich die kleine Entente gerichtet war, einzeln regeln wollen. Das befragt doch genug. Das Ergebnis von Joachimsthal ist also, daß das Bündnis keinen neuen Antrieb bekommen hat. Die drei Staaten halten in Freundschaft weiter miteinander Fühlung, um sich, wo es möglich ist, gegenseitig zu unterstützen. Auch das ist natürlich für die internationale Politik nicht belanglos, ebenso

als verheißt gemeldet. Sie haben teilweise schwere Knochenbrüche und innere Verletzungen erlitten. Bei einer ganzen Reihe von ihnen scheint Lebensgefahr zu bestehen. Die deutschen Besucher wurden während der Wahlhandlung aus den Wahllokalen vertrieben, und der Feststellung der Wahlergebnisse konnte kein Deutscher beiwohnen. Die deutschen Parteien beraten zur Stunde darüber, ob sie sich mit einem direkten Telegramm an den Völkerrund wenden sollen.

Deutsch-katholische Volkspartei in Oberschlesien.

Kattowitz, 16. Mai. In Kattowitz fand gestern nach zweijähriger Pause der Parteitag der katholischen Volkspartei statt, die nach der Abtrennung Oberschlesiens aus dem früheren deutschen Zentrum entstanden ist. Als erster Vorkühender wurde der Abgeordnete Wani gewählt. Ferner wurde die Uebernahme des bisherigen Parteiprogramms durch die „Deutsch-katholische Volkspartei“ beschlossen. Dann wurde das neue Parteiprogramm angenommen, das außenpolitisch die Anwendung christlicher Grundsätze verlangt und innenpolitisch sich die Partei bewußt und loyal auf dem Boden der polnischen Verfassung, setzt sich jedoch nachdrücklich für den Schutz aller durch die Verfassung garantierten Rechte ein.

Deutschland und Polen.

Unfreundliches Presseecho auf einen deutschen Annäherungsvorschlag.

Warschau, 16. Mai. Der nach Meldungen der polnischen Presse von demokratischen Gruppen deutscher Parlamentarier ausgehende Gedanke einer Einladung polnischer Sejmabgeordneter nach Berlin findet in der hiesigen Presse keine günstige Aufnahme. Der linksdemokratische Sturmer Joann hält es im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht für angebracht, eine Abordnung polnischer Parlamentarier nach Berlin zu entsenden, um dort gute Beziehungen zwischen den deutschen Reichstagsabgeordneten und den arbeitslosen Abgeordneten des Warschauer Sejms zu manifestieren. Ein solcher Auszug müßte entweder als Unterstüßung der jetzigen deutschen Regierungskoalition oder als Versuch, sie zu entzweiten, angesehen werden. — Die nationaldemokratische „Gazeta Polska“ dagegen tritt diesem Gedanken sehr entschieden entgegen. Das Blatt meint, man müsse, um ihn realisieren zu können, noch etwa 15 Jahre warten, bis Deutschland eingesehen haben werde, wie vergeblich seine gegen die jüdisch-polnische Grenze gerichteten Gesinnungen und wie nutzlos seine Verleumdungen und Intrigen gegen Polen seien. Allen jenen, die eine Kompromittierung des polnischen Landtags durch einen solchen Auszug anstreben, sei es gesagt, daß die öffentliche Meinung Polens machen werde, um ungehörige Entgehnungen zu verhindern. Soweit das WZ feststellen konnte, ist bis jetzt in politischen Kreisen Berlins von einer solchen Einladung nichts bekannt. Die unfreundliche Aufnahme durch die polnische Presse zeigt, daß derartige Versuche einer deutsch-polnischen Annäherung zurzeit noch in Polen mit lebhaften Widerständen zu rechnen haben.

Die Aufwertungsfrage.

Berlin, 16. Mai. (Draht. unserer Berl. Redaktion.) Der Ausschuss zur Beratung über die neue Vorlage der Aufwertung ist am Schluß der ersten Sitzung angelangt. Die Mitglieder des Ausschusses sind der Ansicht, daß die zweite Lesung erst herangereift werden soll, wenn die Reichsregierung ein kleines Entgegenkommen gezeigt hat, das sie bisher verweigert hat. Ein solches Entgegenkommen wäre z. B. möglich bei den Festaufpreisen aus der Inflationszeit, bei den allgemeinen Rückwürten

Verlängerung des Republikshutgesetzes.

Erste und zweite Lesung im Reichstag.

Von unserer Berliner Redaktion.

Berlin, 16. Mai (Draht.)

Säßen die seit Wochen über die Verlängerung des Republikshutgesetzes mündlich und schriftlich geführten Debatten den Wahltag zur Beurteilung der Stimmung bei den Verhandlungen im Reichstagsplenum abzugeben gehabt, so hätte es heute im Reichstag zu Wort und Tischschlag kommen müssen. Doch es kam anders. Alles verlief den Umständen entsprechend, recht ordentlich, und die Tribünenbesucher, die sich durch die Tagesordnung angelockt gefunden hatten, konnten ihre Sensationsgier nicht befriedigen. Der Genuß einer gewaltigen Parlamentschlacht blieb ihnen verweigert. Alle die geschäftigen, zynischen, oftmals beleidigenden Bemerkungen, wie sie die Deutschnationalen heute über sich ergehen lassen mußten, legten kein gutes Zeugnis ab für den demokratischen Geist derer, die sonst so gern das Wort Demokratie im Munde führen.

Der französische Besuch in London.

Paris, 16. Mai. Der Präsident der französischen Republik, Doumergue, hat in Begleitung des Ministers des Meeres, Briand, heute früh um 8.15 Uhr sich nach London begeben. Er traf um 11.30 Uhr in Calais ein. Von dort aus unternahm der Präsident an Bord eines Torpedobootzerföhrs die Ueberfahrt nach Dover in Begleitung von sechs Torpedobootzerföhrern und Torpedobooten und eines Geschwaders Marineschutzgeuge.

London, 16. Mai. Präsident Doumergue und Minister Briand sind von Dover kommend, vom Prinzen von Wales begleitet, um drei Uhr nachmittags auf dem Victoriabahnhof eingetroffen. Sie wurden vom König und Mitgliedern der königlichen Familie, sowie vom Premierminister und Außenminister Chamberlain begrüßt. Der französische Präsident fuhr hierauf mit dem König nach dem Buckinghampalast, wo er von dem König empfangen wurde.

London, 16. Mai. Für den Empfang des französischen Staatspräsidenten hatte London ein festliches Gewand angelegt. Auf allen offiziellen Gebäuden Londons, großen Hotels und vielen Privathäusern wehten neben den englischen auch die französischen Farben. Die Ausfahrtstrassen zum Schloß waren für das Publikum gesperrt. Garbetruppen bildeten auf beiden Seiten der Straße Spalier, hinter ihnen eine dicke Reihe von Zuschauer. Im fünfzigsten Jahrestag der französischen Gäste vom Bahnhof zum Schloß geleitet. Doumergue, freundlich lächelnd neben dem König, hatte sich für die Begrüßungen des Publikums zu danken. Fast noch stärkeres Interesse zog aber Briand auf sich. Bei dem Victoria-Bahnhof hatte sich bereits in den frühen Mittagsstunden eine große Menschenmenge eingefunden. Der Bahnhof war vorüberfüllt. Im Schloß und auf dem Vorplatz waren zahlreiche französische Fahnen. Ein Triumphzug, ganz in den Farben der beiden Länder gehalten, war errichtet worden.

Am Victoria-Bahnhof legte sich der Zug nach dem Buckinghampalast in Bewegung. Im ersten Wagen hatten der König, Präsident Doumergue, der Prinz von Wales und Prinz Henry Platz genommen, im zweiten folgten Briand und der französische Botschafter, in den übrigen drei Wagen das englische und französische Gefolge. Am Vorplatz des Buckinghampalastes wurde der Zug durch eine Abteilung der irischen Garde empfangen. Im Buckinghampalast selbst fand der offizielle Empfang durch den König statt. Kurze Zeit darauf stiegen Doumergue und Briand dem Ehrenmal für die im Weltkrieg Gefallenen sowie dem Grabe des Unbekannten Soldaten in der Westminster-Abtei einen Besuch ab. Am späten Nachmittag fand im Palast des Prinzen von Wales ein Empfang der Londoner französischen Kolonie statt, worauf sich die französischen Gäste wieder nach dem Buckinghampalast zu dem ihnen zu Ehren vom Königs-paare gegebenen Bankett begaben, an dem insgesamt 155 Personen teilnahmen, darunter sämtliche Kabinettsmitglieder, die Botschafter der verschiedenen Waffengattungen, eine große Anzahl von Diplomaten u. f. w.

Morgen wird sich Präsident Doumergue nach Oxford begeben, um dort die Ehrenbürgerwürde entgegenzunehmen.

Botschaft Doumergues an das englische Volk.

London, 16. Mai. In Dover überreichte Präsident Doumergue dem Sonderberichterstatter des Reutersbüros folgende Botschaft: Der Präsident der Republik ist sehr glücklich, seine Majestät König Georg V. zu besuchen und dem britischen Volk die Gefühle herzlicher Freundschaft des französischen Volkes übermitteln zu können und so die Stärke der Bande zu festzeichnen, die die beiden Nationen verbindet.

Herr Landsberg, der Wortführer der Sozialdemokraten, würde besser daran tun, die mit bitterem Hohn gefüllte Schale seines Spottes über das Haupt seiner eigenen Fraktionsgenossen auszugeben, die aus rein taktischen Gründen den Mut nicht aufbrachten, sich an der Reichsregierung zu beteiligen. Soll man die Deutschnationalen mit Schmutz bewerfen, weil sie in Erfüllung ihrer am Zustandekommen des Republikshutgesetzes übernommenen Verpflichtungen die Staatsnotwendigkeiten höher stellten als die Rücksichtnahme auf ihre Wählerchaft? Wir glauben, daß gerade deshalb, weil die Deutschnationalen für die Verlängerung des Republikshutgesetzes eintreten und somit die Verfassung in ihrer jetzigen Gestalt anerkennen, der deutsche Staat so sicher dasteht wie noch niemals zuvor. Aus diesem Grunde können wir auch nicht verstehen, wie am Sonntag anfänglich einer Rundgebung des Reichstagsabgeordneten in Königsberg von bestimmter Seite den deutschnationalen Ministern und der deutschnationalen Reichstagsfraktion wegen des Verhältnisses bei dem Republikshutgesetz noch Gesinnungslumperei vorgeworfen werden konnte. Sind etwa im viel gepriesenen Lande der Demokratie in England, die

jenigen Abgeordneten Gesinnungskreisen, die von einer Partei zur anderen, von den Konfessionen zu den Bekenntnissen über den Arbeiterpartei übergehen, ein Schritt, der dort oftmals getan wird? Wenn der völkische Sprecher im Reichstag sich zu dem Satz verließ, die Deutschnationalen hätten sich unter dem rücksichtslosen Druck des Zentrums unter das laubädelige Joch gebeugt, so kann man über solche Redebühnen mit einem Achselzucken hinweggehen. Große Parteien aber, wie die Sozialdemokraten, sollten von Redebühnen, die nur auf Heilertüfeln abzielen, Abstand nehmen. Wie bereits erwähnt, ereigneten sich irgendwelche Zwischenfälle nicht. Am Dienstag wird die dritte Lesung des Gesetzesentwurfes vorgenommen, und dann wird dieses Thema hoffentlich in den nächsten zwei Jahren die Öffentlichkeit nicht mehr beschäftigen.

Sitzungsbericht.

Bei Eröffnung der Sitzung des Reichstages teilte Präsident Loebe mit, daß der Entwurf des neuen Strafgesetzbuches eingegangen sei. Abg. Dr. Kiehl (D.) erläuterte den Bericht des Geschäftsausschusses über einen Antrag des Reichsfinanzministers auf Genehmigung der Straferhöhung des völkischen Abgeordneten Henning wegen Steuerabgabe.

Abgeordneter Henning soll in Verhandlungen zur Steuerabgabe aufgetreten sein. Der Ausschuss der Abgeordneten in diesem Falle genehmigte die Straferhöhung, bei allen übrigen gegen andere Abgeordnete gerichteten Anträgen die Ablehnung. Ohne Debatte stimmte der Reichstag dem Antrag des Geschäftsausschusses zu.

Es folgte die erste Beratung des von den Regierungsparteien vorgelegten Entwurfs zur Verlängerung des Republikstages um zwei Jahre. Nach dem Entwurf sollen die noch bestehenden Zuständigkeiten des Reichsgerichtes zum Schutz der Republik auf das Reichsverwaltungsgericht und bis zu dessen Errichtung auf einen Senat des Reichsgerichtes übergehen. Die Reichsregierung wird ersucht, zu prüfen, für welche Vorarbeiten des Reichsgerichtes noch ein Bedürfnis der Weiterarbeit besteht.

Abg. Dr. Scholz (D.) begründete mit einer kurzen Erklärung den Entwurf. Die unveränderte Verlängerung des Reichsgerichtes ist notwendig, weil man von der Regierung geordnete Prüfung nicht vorgehen könne, welche Bestimmungen des Reichsgerichtes noch in das allgemeine Strafrecht übernommen werden sollen. Als Redner bei Aufhebung der Antragsteller die Deutschnationale Volkspartei nennt, erhalten von den Mitgliedern der Linken laute Rufe: „Hör! Hör!“ Die Erklärung, die Dr. Scholz namens der Regierungsparteien abgab, lautete: Wenn auch die tatsächlichen Verhältnisse die zu dem Entwurf des Gesetzes geführt haben, inwieweit eine wesentliche Wendung zum Besseren erfahren haben so ist doch

ein erklärter Wunsch des ganzen Gesetzes und Staatspolitischen Kreises, daß es noch nicht möglich, denn das Gesetz enthält auch eine Reihe von Vorschriften, die dauernde Gültigkeit behalten und darum in die ordentliche Gesetzgebung überführt werden müssen. Eine Prüfung der Frage, welche Einzelvorschriften des Gesetzes der Dauererhaltung in entsprechender Anpassung einzuordnen oder aufzuheben sein werden, ist notwendig. Diese Prüfung ist bei der Bearbeitung zum neuen Strafgesetzbuch bereits in die Wege geleitet und wird bei den weiteren Beratungen fortgesetzt werden. Es erscheint zweckmäßig, diese Prüfung zunächst der Reichsregierung zu übertragen und ihrem Ergebnis nicht dadurch vorzuziehen, daß an einzelnen materiellen Vorschriften des Gesetzes jetzt auf eine verhältnismäßig kurze Zeit grundsätzliche Änderungen erfolgen. Die Regierungsparteien haben deshalb eine unveränderte Verlängerung der materiellen Vorschriften des Gesetzes auf kurze Zeit für die annehmbarste vorläufige Lösung. Die Zuständigkeiten und Verfahrensvorschriften des Gesetzes sind bereits durch das Gesetz vom 31. März 1926 grundlegend geändert worden, daß die Zuständigkeiten des Reichsgerichtes zum Schutz der Republik für Straftaten auf die ordentlichen Gerichte übertragen sind. Dem Grundgedanken, der zu dem Entwurf des Gesetzes geführt hat, entspricht es, auch die diesem Sondergericht noch verbliebenen Zuständigkeiten in Verwaltungsakten auf die ordentlichen Gerichte zu übertragen, die Verwaltungsakten zur höchsten richterlichen Entscheidung in Verwaltungsstreitsachen im Reich zu bringen. Diese Anträge ist das Reichsverwaltungsgericht. Da die gesetzgeberischen Verhandlungen über seine Errichtung zur Zeit noch im Reichstag schweben, müssen seine Aufgaben provisorisch von einem Senat des Reichsgerichtes übernommen werden. Aus diesem Grunde empfehlen wir Ihnen die Annahme des von uns eingebrachten Gesetzesentwurfes in unveränderter Form.

Abg. Vanderschuer (Soz.) betont, seine Freunde hätten an der Schaffung des Republikstages mitgewirkt, weil sie ein Warnungssignal auftritten wollten gegen diejenigen, die im Kampf gegen die Republik alle Mittel, auch das des politischen Mordes, anwenden wollten. Die Strafbestimmungen des Gesetzes seien freilich mit weit größerer Energie als gegen die Reichsregierung und die Deutschnationalen selbst durch ihren Antrag den Senat der Republik in die Hand genommen haben, können man eigentlich das Republikstagesgesetz für überflüssig halten (Seufzer). Am Februar 1924 habe ein deutschnationaler Redner, das Republikstagesgesetz sei „ein Ausnahmengesetz mit geradezu vorläufigen Bestimmungen“.

Dieser Redner war der letzte Reichsjustizminister Dr. G. (Große Freiheit). Jetzt stimmt die deutschnationale Fraktion sogar dem § 23 zu, der die Strafbestimmungen des Gesetzes gegen die Reichsregierung aufheben soll. Es gibt nichts, was die Deutschnationalen zum freiwilligen Austritt aus der Regierungskoalition bestimmen kann. Sie sind selbst zum Vorkriegsstand in den Händen der Regierung geblieben, wenn sie um diesen Preis in der Regierung bleiben können.

Abg. Kreuzburg (Komm.) beantragt die Aufhebung des Paragraphen 7 des Republikstagesgesetzes und des Paragraphen 86 des Strafgesetzbuches, die sich gegen Geheimbünde richten. Das Republikstagesgesetz sei ein Ausnahmengesetz schlichter Art.

Abg. G. (D.) erklärte, das Republikstagesgesetz werde man von jetzt ab

nehmen können. Die Tatsache, daß die Deutschnationalen sich jetzt zu diesem Gesetz bekennen, sei von höchster politischer Bedeutung. Am 22. November 1920 habe Graf Westphal in einer Reichstagsrede seine unverbrüchliche Treue zum ehemaligen Kaiser beteuert. Damit sei es unvereinbar, wenn

die Verlängerung des Einzelverbotgesetzes für Wilhelm II. jetzt von Graf Westphal selbst beantragt werde.

Die im Republikstagesgesetz enthaltenen Strafbestimmungen über die Verhinderung der verfassungsmäßigen Reichsregierung werden jetzt verhängt von den deutschen Deutschnationalen, die bei ihren Verfassungsverstößen diese Farben zeigen. Aus der Verlängerung des Republikstagesgesetzes sollten die Deutschnationalen jetzt endlich die Konsequenz ziehen, daß sie ein solches uneingeschränktes Verbot nicht nur zur Republik abgeben (Beifall links).

Abg. Mollath (Wirtsh.) sprach namens der Wirtschaftspartei des deutschen Mittelstandes über die Erklärung, daß wir grundsätzlich Gegner jeder Aus-

nahmegesetzgebung sind und bei der heutigen tatsächlichen politischen Lage das Republikstagesgesetz nicht mehr für notwendig halten. Nachdem jedoch die Regierungsparteien, an denen die Deutschnationalen maßgebend beteiligt sind, die Verlängerung selbst beantragt haben, können wir bei der Vorlage zu.

Abg. Kiehl (D.) lehnt im Namen der deutschnationalen Partei die Verlängerung des Republikstagesgesetzes ab.

Abg. Kiehl (D.) erklärte, er spreche für die nationalsozialistischen und völkischen Abgeordneten. Die Deutschnationalen hätten sich in dieser Frage unter dem laubädeligen Joch gebeugt unter dem Druck der rücksichtslosen Machtpolitik des Zentrums. In Deutschland gebe es

wohl noch monarchistische Kräfte, aber keine monarchistischen Führer mehr.

Dr. Stresemann habe sich nach der Revolution als Monarchist bekannt und er habe dieses Bekenntnis bisher nicht widerrufen. Das Republikstagesgesetz sei als Ausnahmegesetz in erster Linie gegen die baltischen Verbände gerichtet.

Damit war die allgemeine Aussprache beendet. Nach

Die Kleine Entente und Deutschland.

Schluss der Konferenz von Joachimsthal.

(1) Prag, 16. Mai. Auf der Konferenz der Außenminister der Kleinen Entente wurde, wie der Bericht der Presse des 12. Mai von ungarischer Seite erzählt, eine möglichst günstige Entwicklung des Verhältnisses der einzelnen Staaten der Kleinen Entente zu Deutschland als wünschenswert bezeichnet, doch wird diese Entwicklung parallel zur Entwicklung des französisch-deutschen Verhältnisses laufen. Die Kleine Entente beabsichtigt nicht, für Polen eine Rückenbedeckung gegen Deutschland abzugeben. In der Frage des Zusammenstoßes Österreichs mit Deutschland scheint es der Tschechoslowakei gelungen zu sein, bei seinen Bundesgenossen eine ablehnende Haltung durchzusetzen, die sich auch beim Völkertum bemerkbar machen soll. In der Frage des Verhältnisses zu Ungarn nimmt Jugoslawien eine abweichende Stellung von seinen beiden Bundesgenossen ein.

(2) Joachimsthal, 16. Mai. In dem amtlichen Communiqué über die gestrige Schlussung der Konferenz der Kleinen Entente heißt es u. a.: Die Außenminister beschäftigten sich zunächst mit den verschiedenen Spezialfragen, welche ausschließlich die drei Staaten der Kleinen Entente betreffen. Ferner tauschten sie ihre Ansichten über die hauptsächlichsten Wirtschaftsprobleme aus. Die nächste Konferenz wird in Rumänien Anfang des Jahres 1928 stattfinden. Nach dieser Schlussung empfingen die drei Außenminister gemeinsam die in Joachimsthal anwesenden Journalisten, denen sie nach einander Erklärungen über die Konferenzverhandlungen abgaben und aus den Reihen der Journalisten an sie gerichtete Fragen beantworteten. Nach dem Beisitzer reichten die Minister mit Gefolgsleuten, Delegierten und Journalisten der Staaten der Kleinen Entente in einem Sonderzug nach Prag.

Die Dokumentensuche im Arcos-Gebäude.

Vergeblische Geldschranksuche.

London, 16. Mai. „Times“ schreibt: Die bei der Arcos beschlagnahmten Dokumente zeigen, daß eine ungewöhnlich geschäftliche Geschäftsorganisation der Sowjetregierung in London einen internationalen Feldzug zum Sturz der bestehenden Regierungen führt. Es liegt starkes Beweismaterial vor für die enge Verbindung zwischen den russischen Organisations- und den kommunistischen Agenten und anderen Ländern. Eine Liste der beschlagnahmten Dokumente befindet sich bei den beschlagnahmten Dokumenten. Die Durchsuchung der Büros wird vielleicht noch mehrere Tage andauern. Das vermisste Staatsdokument wird vielleicht noch gefunden werden, falls es nicht verbrannt worden ist.

(London, 16. Mai. Die Hausdurchsuchung bei der Arcos wurde in der Nacht vom Sonntag auf Montag fortgesetzt. Wie vermutet wird, bemüht sich die Polizei, andere geheime Schränke hinter den Wandfüllungen ausfindig zu machen.

London, 16. Mai. Heute Abend kurz nach 6 Uhr verließen die Polizei, die Geheimpolizei und die Dolmetscher das Gebäude der Arcos.

Eine Erklärung der russischen Handelsdelegation. London, 16. Mai. Der stellvertretende Vorsitzende der russischen Handelsdelegation erklärte in einer Erklärung an die Presse, daß sich niemals ein britisches Staatsdokument innerhalb des Sowjetgebäudes befunden habe.

Die Frage des russischen Kredits der Midland-Bank. London, 16. Mai. Zu der inzwischen demontierten Meldung von einem 10 Millionen-Pfund Sterling-Kredit der Midland-Bank an die russische Handelsdelegation äußert der diplomatische Korrespondent der „Westminster Gazette“, daß der Entwurf des Vertrages festgestellt worden war, als die Hausdurchsuchung bei der Arcos erfolgte. Hierauf habe sich die Midland-Bank an die Bank von England gewandt und den Rat erhalten, vorläufig abzuwarten, bis sich zeige, welche Folgen die Durchsuchung nach sich ziehen werde.

Der englische Innenminister über die Arcos-Affäre.

London, 16. Mai. Im Unterhause gab der Innenminister eine Erklärung ab, in der es heißt: Die Information, die wie ich dem Hause bereits mitgeteilt habe, mir letzten Mittwoch vom Staatssekretär für den Krieg überbracht wurde, überzeugte mich, daß ein gewisses geheimes Dokument im Besitz einer Person ist, die in dem von der Arcos-Gesellschaft besetzten Gebäude beschäftigt ist. Angenichts dieser Information setze ich mich sofort mit dem Premierminister und dem Staatssekretär des Inneren in Verbindung und ermächtige mich ihrer Kenntnis und Zustimmung die Polizei, eine Vollmacht zu beantragen, um das Gebäude der Arcos-Gesellschaft zu durchsuchen. Das Gebäude wird von der Arcos-Gesellschaft und der russischen Handelsdelegation zugleich bewohnt und im ganzen Gebäude herrscht freie Verbindung des Gebäudes, das von der Arcos-Gesellschaft

Ablehnung der kommunistischen Änderungsanträge wurde.

Die Vorlage in erster und zweiter Beratung gegen die Kommunisten, Wölkischen und Deutsch-Kommunisten angenommen.

dazu die Entscheidung, in der eine Prüfung verlangt wird, welche Bestimmungen des Republikstagesgesetzes in das allgemeine Strafrecht übernommen werden sollen.

Es wurden dann die am Sonnabend von der zweiten Lesung des Jugendstagesgesetz zurückgestellten Bestimmungen nachgeholt. Sie ergaben die Ablehnung aller Änderungsanträge und die Annahme der Vorlage in der Ausschussfassung.

Um 6 Uhr vertagte sich das Haus auf Dienstag 2 Uhr. Tagesordnung: 3. Beratung der Verlängerung des Republikstagesgesetzes, 4. Beratung des Jugendstagesgesetzes, Anträge zur Krisenfürsorge, zur Beamtensoldat und kleinere Vorlagen.

Ein inzwischen von den Kommunisten gegen den Reichspostminister wegen der Postverhöhnung eingebrachter Mißtrauensantrag soll erst später zur Beratung kommen.

Der Wiking-Bund auch in Sachsen verboten.

Der Wiking-Bund auch in Sachsen verboten.

Der Wiking-Bund auch in Sachsen verboten.

Der Wiking-Bund auch in Sachsen verboten.

Der Wiking-Bund auch in Sachsen verboten.

Der Wiking-Bund auch in Sachsen verboten.

Der Wiking-Bund auch in Sachsen verboten.

Der Wiking-Bund auch in Sachsen verboten.

Der Wiking-Bund auch in Sachsen verboten.

Der Wiking-Bund auch in Sachsen verboten.

Der Wiking-Bund auch in Sachsen verboten.

Der Wiking-Bund auch in Sachsen verboten.

Der Wiking-Bund auch in Sachsen verboten.

Deutsches Reich.

Reise des Reichspräsidenten durch die Nordmark.

Reise des Reichspräsidenten durch die Nordmark.

Reise des Reichspräsidenten durch die Nordmark.

Reise des Reichspräsidenten durch die Nordmark.

Reise des Reichspräsidenten durch die Nordmark.

Reise des Reichspräsidenten durch die Nordmark.

Reise des Reichspräsidenten durch die Nordmark.

Reise des Reichspräsidenten durch die Nordmark.

Reise des Reichspräsidenten durch die Nordmark.

Reise des Reichspräsidenten durch die Nordmark.

Reise des Reichspräsidenten durch die Nordmark.

Reise des Reichspräsidenten durch die Nordmark.

Reise des Reichspräsidenten durch die Nordmark.

Reise des Reichspräsidenten durch die Nordmark.

Reise des Reichspräsidenten durch die Nordmark.

Reise des Reichspräsidenten durch die Nordmark.

Reise des Reichspräsidenten durch die Nordmark.

Eine Spur von Rungeff?

Eine Spur von Rungeff?

Eine Spur von Rungeff?

Aus

Aus

Aus

Aus

Aus

Aus

Aus

Aus

Aus

Aus

Aus

Aus

Aus

Aus

Aus

Aus

Aus

Statt jeder besonderen Anzeige.

Heute verschied nach längerem, schwerem Leiden mein lieber Mann, mein herzgeliebter Vater, unser lieber Sohn, Schwiegersohn, Bruder und Schwager, der Kaufmann

Hans Phil. Schmidt

im eben vollendeten 33. Lebensjahre.
In tiefer Trauer:
Frau Ella Schmidt geb. Gallas,
Herbert Schmidt,
Familie Schmidt, Offenbach,
Familie Gallas,
Bocholt, Offenbach/Main, Friedrichstraße 32 I,
den 14. Mai 1927.
Er starb in seiner Heimat in Offenbach/Main,
wobei auch die Beerdigung in aller Stille stattfand.

Nach Gottes heiligem Willen verschied heute morgen 8 Uhr mein innigstgeliebter Mann, unser herzensguter, treuherziger, unvergesslicher Vater, Schwiegersohn, Großvater, Schwager und Onkel, Postassistent a. D.

Bernhard Korff

nach kurzer, schwerer, mit großer Geduld ertragener Krankheit, wohl vorbereitet durch einen christlichen Lebenswandel, versehen mit den hl. Sterbesakramenten, im Alter von 64 Jahren.
Um stille Teilnahme und ein andächtiges Gebet für den teuren Verstorbenen bitten
in tiefer Trauer:
Familie Korff nebst Angehörige.
Bocholt, Radlinsgauen, Rhebe, Herxell-Dorsten,
Detmold (Nordamerika), Münster, den 15. Mai 1927.
Das feierliche Beisetzung findet am Mittwoch,
den 18. Mai, morgens 8 Uhr in der St. Georgius-
Kirche, daran anschließend die Beerdigung um
9.15 Uhr vom Sterbehause, Dietrichstraße 7, aus, wozu
freundschaftlich eingeladen wird.
Von Beileidsbesuchen bitten wir absehen zu wollen.

Mittwoch, den 18. ds. Mts.,
findet in Bocholt

Kram- und Viehmarkt
statt.

Apollo-Theater

Ein ausserordentliches Programm
Dienstag, Mittwoch, Donnerstag.

Harry Liebitz
der ausgesprochene Liebling unserer Besucher
in seinem neuesten Großfilm:

Faschingszauber

(Im Hause des Faschs)

Ein Faschingsstück in 8 Akten.
In den Hauptrollen:
Harry Liebitz, Grete Mosheim, Erich Salz,
Frieda Richter, Robert Leffler, Margarete Kupfer u. a. m.
Die Damentouletten stammen aus dem Modehaus Kipps,
Berlin; die Herrenbekleidung von Hermann Hoffmann.

Bocholt:
Grosfilm:

Wien — Berlin

Ein Liebespiel zwischen Spree und Donau in 6 Akten.
Schauspieler:
Bruno Kasner, Charlotte Weber, Felix Spira,
Anita Dorris, Wilhelm Diegelmann, Henry Bender,
Paul Morgan.

Harry Semon in dem Lustspiel:

Fusel, Sprit und Compagnie

2 tolle Akte.

Ich empfehle die Biere der
Essener Bürgerbräu A.-G.
ESSEN-BORBECK.

EXPORT-PILSENER
SANITÄTS-KRAFT-BIER

Lieferung erfolgt im Faß und Flaschen
franko Haus.

Gerhard Ketteler

Bierverlag.
BOCHOLT — Dinsperloerstr.
Telefon 2634.

Pilgerfahrt ins Heilige Land

nach Kijmegen (Holland)
am Christi Himmelfahrtstage, 26. Mai 1927,
mit dem Salonteamper „Jan van Arkel“.
Schiffahrt: Preis 5 Mark, für die Reise
von (Kiel) Kees nach Kijmegen und zurück,
einschließlich des Eintrittes in die „Heilige
Land Stichting“ und einschließlich der Paß-
gebühren.
Abfahrt von Kiel 7 Uhr morgens, von
Kees 8.30 (ab Bocholt 7.06 über Empel).
Rückfahrt nach Kees abends 8 Uhr (in
Bocholt 9.24), nach Kiel 10 Uhr.
Schiffahrt: Preis 5 Mark, für die Reise
von (Kiel) Kees nach Kijmegen und zurück,
einschließlich des Eintrittes in die „Heilige
Land Stichting“ und einschließlich der Paß-
gebühren.
Abfahrt von Kiel 7 Uhr morgens, von
Kees 8.30 (ab Bocholt 7.06 über Empel).
Rückfahrt nach Kees abends 8 Uhr (in
Bocholt 9.24), nach Kiel 10 Uhr.
Schiffahrt: Preis 5 Mark, für die Reise
von (Kiel) Kees nach Kijmegen und zurück,
einschließlich des Eintrittes in die „Heilige
Land Stichting“ und einschließlich der Paß-
gebühren.
Abfahrt von Kiel 7 Uhr morgens, von
Kees 8.30 (ab Bocholt 7.06 über Empel).
Rückfahrt nach Kees abends 8 Uhr (in
Bocholt 9.24), nach Kiel 10 Uhr.

Dankagung!
Für den vollen Erfolg der
Krankheitsheilung

das zu einer völligen Linderung des
Unterleibes und der Beine geführt
hatte; gleichzeitig bestanden starke
Krämpfe und Zittern in den Beinen,
sowie zuweilen furchtbare Rücken-
schmerzen.
Durch Zufall wurde mir die
Pyrmoor-Kur empfohlen und ich hatte
bereits schon nach kurzer Behandlung
einen so vorzüglichen Erfolg erzielt, so
daß die Krämpfe im Oktober anfielen,
sich wieder zu bewegen und zu Beih-
nachten konnte ich schon über die
Stube gehen.
Die Kur ist bequem zu Hause an-
wendbar und ich kann diese Behand-
lung allen Leidenden nur auf das
allerbeste empfehlen. Der Naturheil-
anstalt Pyrmoor spreche ich hiermit
für den vorzüglichen Erfolg meinen
besten Dank aus.
A. (Schlesien), M. Gärner.
Kunstst. erteilt kostenlos das
Pyrmoor-Naturheil-Institut
München 787, Reichenstr. 15.
(Doppel-/Einfachporto beifügen.) Seit
25 Jahren anerkannte Erfolge bei
Lähmungen, Nervenschwächen, Gelenk-
erkrankungen, Epilepsie, Migrän,
Hysterie, Rheumatisma, etc.

Auf zum Riesen-Bazar Otto Scherbel!

Dort ist die 95 Pfg.-Woche.

Täglich Eingang von neuen 95 Pfg.-Artikeln.

Bitte beachten Sie meine Schaufenster Nord- u. Nobelstr.

2 Bekanntmachung

Der Bauarbeiter Heinrich Terhardt zu
Grommet Nr. 32 II, hat die Genehmigung
zur Aufhebung auf dem außerhalb einer im
Zusammenhang gebauten Grundstück in der
politischen Gemeinde Althede belegen
unbebaute Grundstücke, Flur 18 Parzelle
1100/62 und 1999/57 der Katastergemeinde
Althede beantragt.
In Gemäßheit des § 16 des Gesetzes vom
10. August 1904 bringe ich diesen Antrag mit
dem Bemerken zur öffentlichen Kenntnis,
daß gegen denselben von den Eigentümern,
Nutzungs-, Gebrauchsberechtigten und Nach-
barn der benachbarten Grundstücke innerhalb
einer Ausschlussfrist von 21 Tagen bei dem
Kreisaußenamt Borken Einspruch erhoben
werden kann, wenn der Einspruch sich auf
Tatsachen begründet, welche die An-
nahme rechtfertigen, daß die Aufhebung den
Schutz der Nutzungen benachbarter Grund-
stücke aus der Landes- und Forstwirtschaft, aus
dem Gartenbau, der Jagd oder Fischerei
gefährden würde.
Rhebe, den 12. Mai 1927.
Der Gemeindebevollmächtigte: Tebrügge.

2 Bekanntmachung

Der Bauer Heinrich Terhardt zu Althede
Nr. 34 hat die Genehmigung zur Aufhebung
auf dem außerhalb einer im Zusammen-
hang gebauten Grundstück in der politischen
Gemeinde Althede belegen unbebauten
Grundstücke, Flur 18 Parzelle 1098/57 und
1098/60 über Katastergemeinde Althede be-
antragt.
In Gemäßheit des § 16 des Gesetzes vom
10. August 1904 bringe ich diesen Antrag mit
dem Bemerken zur öffentlichen Kenntnis,
daß gegen denselben von den Eigentümern,
Nutzungs-, Gebrauchsberechtigten und Nach-
barn der benachbarten Grundstücke innerhalb
einer Ausschlussfrist von 21 Tagen bei dem
Kreisaußenamt Borken Einspruch erhoben
werden kann, wenn der Einspruch sich auf
Tatsachen begründet, welche die An-
nahme rechtfertigen, daß die Aufhebung den
Schutz der Nutzungen benachbarter Grund-
stücke aus der Landes- und Forstwirtschaft, aus
dem Gartenbau, der Jagd oder Fischerei
gefährden würde.
Rhebe, den 16. Mai 1927.
Der Gemeindebevollmächtigte: Tebrügge.

**Goldene u. weiße
Stiefelchen**

mit n. Hochzeits-
fähig empfiehlt
Samenhaus Behnen,
Bocholt.

1 schwarzbraunes
Mutterkalb

zu verkaufen.
B. Hoos,
Biedern 21.

**Roggen-
stroh**

zu verkaufen.
Tangerding,
Stenert.

Hebelschneidemaschine

50 cm Schnittbreite incl. 3 Erbsenmessern,
weit überzählige billig abzugeben.
B. Peds sen.,
Buchdruckerei.

Urafino

Großmutter
Mutter u. Kind
schmücken, wie schön unsere Seiten sind.
Drogerie Gebr. Steiner, Markt 8.
Das Haus guter Sei en.

Bubenkopflege!

Damen-Frisier-Salon
SCHEER-NAPP
Bocholt, Ravardistr.

Asthmaleidende

finden Hilfe und Rat in der
Zweigstelle der Vereinigten
Institute „Asthma“
(Zentrale Köln)
Ernst Laumann,
Naturheilkundiger,
Bocholt, Oslmayer 40.
Spezial-Behandlung für Asthma- und
Lungenleiden, Bronch-Kat., Grippe,
Keuchhusten pp.

Auf zum Riesen-Bazar Otto Scherbel!

Dort ist die 95 Pfg.-Woche.

Täglich Eingang von neuen 95 Pfg.-Artikeln.

Bitte beachten Sie meine Schaufenster Nord- u. Nobelstr.

**Streu- und
Stangenbohnen**

in den besten Sorten
und hochfeinartig
empfehlen
Samenhaus Behnen,
Bocholt.

**Goldene
Sprung-
deckeluhren**

585, Dreideckel, gold,
billig zu verkaufen.
Off. unt. B1271 an
die Gef.

**Badewanne
mit Ofen**

**Rinderbettstelle
mit Matratzen**
sowie ein gebrauchter
Rinderwagen
preiswert abzugeben.
Wo? ist zu erfahren
in der Geschäftsstelle.

**Ein gutes
Wohn-
zimmer**

gut erhaltene weiße
Küche, elektr. Lampen
billig zu verkaufen.
Düberr,
Höckel 70 I.

Heu

zu verkaufen.
Johel Honsel,
Stenert. Tel. 2427.

**100 Mr.
Belohnung**

demjenigen, der einer
alleinstehenden Per-
son

2 Zimmer

in der Nähe der Stadt
überläßt
Offerten unt. B 1287
an die Geschäftsstelle
ds. Bl. erbeten.
Dinsperloerstr.
Rendsburg.

Gemeinnütziger Bauverein Rhede

e. G. m. b. H.
Am Dienstag, den 24. Mai 1927,
abends 8 1/2 Uhr

findet im Lokale des Herrn B. Veltling die diesjährige

Generalversammlung

statt.

Tagesordnung:
1. Geschäftsbericht und Vorlage der Bilanz.
2. Rechnungsabnahme und Beschlußfassung über die
Gewinnverteilung.
3. Bericht über die am 6. 12. 1926 stattgefundene Revision
durch den Beiratsrevisor.
4. Neuwahlen für die ausscheidenden Aufsichtsrats- und
Vorstandsmitglieder.
5. Verschiedenes.

NB. Die Bilanz liegt bis zur Generalversammlung beim
Schriftführer zur Einsicht offen.

Der Vorsitzende des Aufsichtsrats:
Hans Harbring.

ZAUDY, WESEL

IM SONDERHAUSE
BRÜCKSTR., ECKE GOLDSTR.

**DAS KÜNSTLERISCHE EREIGNIS
DES NIEDERRHEINS**

AUSSTELLUNG

FÜR

LANDHAUS

UND

GARTEN

VOM 14. BIS 30. MAI
GEÖFFNET VON 9 BIS 7 UHR

VERANDA - TERRASSEN - GARTENMOBEL

TAUSEND ANREGUNGEN

VORHÄNGE DECKEN KISSEN

AUS ALLER WELT

BELEUCHTUNGEN GARTENGERÄTE

GEBRAUCHS-KERAMIK

Mifa

59 - 64 - 79 - 90 - 100 M usw.

Bequeme Wochen- u. Monatsraten / Katalog auf Wunsch gratis

Mifa-Fabrikverkaufsstelle

Bocholt, Ravardistr. 16.

Leiter: Paul Obermeyer

Grosser Frühlingspreis Zürich

1927 Sieger: Kaufmann auf Mifa

Tüchtige perfekte

**Schneider und
Schneiderinnen**

ge sucht.

S. B. Löwenstein.

Baldigst oder später
ein

**Bierdeckel
und ein
Schweizer**

ge sucht

Tangerding,
Stenert.

Bei sofort mehrere
tätige

Gehilfinnen

für dauernd gesucht.
Wohlfahrt,
Bella Cohen,
Niederbrühlstr. 21.

Stellen

zum Bauen.

Näheres in der
Geschäftsstelle ds. Bl.

Mädchen

vom Lande, 21 Jahre
sucht Stelle als
Zweitmädchen.

Mädchen, Geschäftsstelle

Landwirtsch. Rath,
Mitte der 40er, sucht

Stelle

als Diener, od. Auf-
seher in herrschaftl.
Haus. Beste Empfeh-
lungen von der Ge-
heime stehen zur Ver-
fügung.

Offerten unter
3295 an die Gef.

Rheder B.

Kreisblatt des
Stadtreises Boch-
olter Anzeiger
des Landratsamtes
von Borken, Kreis-
ämtern und Gemein-
den des Kreises Borken

Organ
der Zentrumspartei

Nummer

Das Schu

Polizeipre

In der Abendstun-

ge Polizeibeamte

Hauptaufsicht über

des Kommunisten, b

erfuhr der Entwurf

Parteien eine ruhige

Parteien erklär

Entwurf im Anschlu

lung des Regierungs

Agitation, die beson

verband in offen

Artikeln gegen den

der Öffentlichkeit be

Wünschen der Poliz

nicht, daß in die

nichtliche Redn

Schärfen des Poliz

forge" der Kommuni

der Praxis steht es

Wenig wird es dem

gen, wenn sie die w

glicher wahrnehmen.

diese Interessenvertr

stimmte, durch das

gen gezogen.

Das Schupolizei

gestandenermaßen ein

der Zeit, als es gesch

schrift gegenüber dem

der Schupolizei, de

Entente gefordert wu

der Schupolizeibeam

ahren aus. Er er

forungsgelegen die U

lizerverordnungschein

forungsanwärter be

lizerbeamtentwegen vor

überlassen zu werden

Nebergangsgeheim

größten Not ausgef

günstig für den Staat

Ausbildung der Poliz

in Markt ummängen

daß die Nebergangs

den Staatsfiskal schw

Der neue Ent

liche Verbesser

schon beweist, soll de

Schupolizei, sondern

für die kommunale V

den alle preußischen

gleiches Recht gestell

bisher eine Rechtsgru

licher Fortschritt.

ung und des bi

systems. Künftig

gangspunkt für alle

Ohne daß er vorher

soll der Beamte nach

geheimnisse wie Le

nendienst und komm

für die zur Entlassun

ten ist das Kündigung

tere wichtige Verbes

zung nach 12jähriger

stellung erfolgen soll.

lizerbeamte in der R

schick, soll in der Re

erfolgen. Eine Einf

Annahme eintritt, w

handen sind. Gegen

ten sich die Hauptbed

Parteien. Es ist kla

schenswerte Ziel, der

jährig einwandfreier

geben, durchbrochen i

führt für die Notwen

ding's Gründe ins F

beachtlich sind. Bef

der Polizeibeamten b

tung, wenn auch nu

nicht möglich. Die

nach 12 Dienstjahren

Einwirkung ist, mu

wissenschaft geprüft

keit der Beibehaltung

muß durch die Schul

länglichen Anstellung

werden, daß er sich ei

Einem vielfach

Landtages folgend, i

lizerbeamten in dem

fall für die regelt sich

gleich von 1902 und

gen verbessert.

So bringt der En

zahl von Verbesserun